

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für Baumaßnahmen an Spielplätzen

Antragsteller (Name, Anschrift):

Ort, Datum:

**Thüringer Ministerium
für Soziales, Familie und Gesundheit
Referat 22
Postfach 10 12 52
99012 Erfurt**

Auskunft erteilt (tagsüber):
Name:
Tel.Nr. mit Vorwahl:
Fax:

Betreff (Maßnahme/Ort):

Bezug: Vergabegrundsätze Initiativprogramm „Spielplätze für Thüringen“

Für die Gesamtausgaben von€brutto/netto*
wird eine Landeszuwendung beantragt von

_____€

(vgl. Vergabegrundsätze Nr. 5.2)

Bestandteil des Antrages ist der Finanzierungsplan in der Anlage

* bitte Zutreffendes kenntlich machen; bei Vorsteuerabzugsberechtigung sind Netto-Kosten maßgeblich

1. Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben noch nicht begonnen ist und vor Erhalt des Bescheides nicht begonnen wird.
(Als Vorhabensbeginn gilt der Abschluss eines der Bauausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages und der Beginn mit Eigenleistungen. Planung, Bodenuntersuchung, Grunderwerb, Ausschreibung gelten **nicht** als Beginn)

2. Der Antragsteller erklärt, dass er für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 UstG /nicht/ berechtigt ist.
(Zutreffendes ist kenntlich zu machen. Bei Berechtigung ist Bescheinigung des Finanzamtes beizufügen)

3. Der Antragsteller erklärt, von den folgenden Unterlagen Kenntnis genommen zu haben und sie - soweit es sich nicht ohnehin um allgemein verbindliche Rechtsvorschriften handelt - als verbindlich anzuerkennen:

- Vergabegrundsätze Initiativprogramm „Spielplätze für Thüringen“
- Richtlinie zur Vergabe öffentlicher Aufträge vom 31.01.2001 (ThürStAnz. Nr. 9/2001, S. 331)
- Richtlinie zur Mindestlohn-Erklärung bei Bauvergaben vom 03.05.2001 (ThürStAnz. Nr. 23/2001 S. 1235)
- Richtlinie zur Mittelstandsförderung und Berücksichtigung Freier Berufe sowie zum Ausschluss ungeeigneter Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabe-Mittelstandsrichtlinie) vom 20.04.2001 (ThürStAnz Nr. 21/2001 S. 1142)

4. Der Antragsteller versichert die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag und in den Antragsunterlagen gemachten Angaben.

5. Der Antragsteller versichert, dass die Folgekosten (Betriebskosten f. Pflege, Wartung, Instandhaltung) für das Vorhaben aufgebracht werden können (für die nächsten 10 Jahre).

6. Der Antragsteller versichert, dass er seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern nachgekommen ist.

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) des Antragstellers

(Name(n) in Druckbuchstaben)

(Stempel)